



Presseschau vom 27.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen [aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot](#) ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und [ukrainische Quellen in Blau](#) ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen [aus Sozialen Netzwerken](#) sind [violett](#) gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **USA und Großbritannien beraubten Venezuela: Russischer UN-Botschafter nennt Geldsumme**

Russland fordert von den USA und Großbritannien, die gesperrten Konten Venezuelas freizugeben, das bereits um 30 Milliarden US-Dollar bestohlen worden ist. Dies erklärte der russische Botschafter bei der Uno, Wassili Nebensja.

„Statt des heuchlerischen Versuchs, Hilfsgüter im Wert von 20 Millionen US-Dollar einzuführen, ist es notwendig, prompt die Konten von venezolanischen Unternehmen in amerikanischen Banken im Wert von elf Milliarden US-Dollar freizugeben, die von der Regierung für den Kauf der Arzneimittel, Lebensmittel und lebenswichtigen Güter bereitgestellt wurden“, so Nebensja.

Er fügte hinzu, dass auch die Aktiva der venezolanischen Staatskorporation PDVSA im Wert von sieben Milliarden US-Dollar sowie Goldaktiva Venezuelas in Großbritannien im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar eingefroren seien.

„Allein in der letzten Zeit haben Washington und London die venezolanische Bevölkerung um insgesamt 30 Milliarden US-Dollar in Öl- und Bankaktiva bestohlen. Wollen wir die Dinge beim Namen nennen: Vor unseren Augen beraubt man frech ein souveränes Land und versucht, es in die Bettelei zu treiben, um im Rahmen eines vom internationalen Recht nicht anerkannten Konzepts der humanitären Intervention und Verantwortung für den Schutz das unerwünschte Regime zu wechseln“, sagte der russische Botschafter bei der Uno.

Ferner bedankte sich Nebensja bei den Kollegen aus der Uno und humanitären

Organisationen für den Verzicht, diese politische Provokation zu unterstützen.
„Wir fordern, mit der Verletzung der Resolution der UN-Generalversammlung aufzuhören, und die Grenzen, Souveränität sowie die nationale Einheit der venezolanischen Bevölkerung entsprechend der UN-Charta zu respektieren.“

vormittags:

de.sputniknews.com: **Caracas meldet Kauf von Waffen für Opposition in Osteuropa**

Venezuela besitzt laut seinem Außenminister Jorge Arreaza Informationen, dass die Opposition mit Waffen aus Osteuropa beliefert werden könne.

„Wir bringen unter anderem jene Informationen zur Kenntnis, die uns Freundesländer - solche wie Kuba und Russland - zur Verfügung gestellt haben, wonach eine Verlegung und Mobilmachung von Truppen im Karibischen Becken zu beobachten sei bzw. Waffen in Osteuropa gekauft werden sollen, um die radikal gestimmte venezolanische Opposition mit diesen zu versorgen sowie Bedingungen für eine Intervention in Venezuela zu schaffen“, sagte Arreaza am Mittwoch in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Ihm zufolge stecken die USA hinter den Spannungen in Venezuela.

„Wir werfen der US-Regierung vor, diese grobe Aggression gegen Venezuela organisiert und finanziert zu haben. Diese Aggression hat schon mehrere Jahre zuvor begonnen. Sie hat an dem Tag begonnen, als die bolivarianische Revolution am 2. Februar 1999 an die Macht gekommen ist, und hat alle diese Tage, alle Stunden und alle Minuten in diesen vergangenen 20 Jahren angedauert“, so der Minister. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32411/61/324116168.jpg>

de.sputniknews.com: **Lkw mit Hilfsgütern für Caracas: Was war drin? – Venezuelas Außenminister antwortet**

Venezuelas Außenminister Jorge Arreaza hat im Rahmen des jüngsten UN-Sicherheitsrates die Ereignisse vom 23. Februar an Venezuelas Grenze kommentiert und dabei bekannt gegeben, was sich neben der humanitären Hilfe für Caracas in einem Lkw aus Kolumbien befand.

Nach der Untersuchung von einem am 23. Februar verbrannten Lkw wurden ihm zufolge Materialien für Barrikaden, Draht, Nägel für die Waffenherstellung gefunden. Die Lkws seien wegen des Vorgehens der sich auf der kolumbischen Seite befindenden Personen in Flammen aufgegangen. „Die Aggression“ kam ihm zufolge vonseiten Kolumbiens.

Darüber hinaus erklärte der Außenminister, dass die venezolanischen Behörden über

Informationen über den Waffenkauf für die Opposition in Osteuropa verfügen würden. Die venezolanische Opposition hatte am vergangenen Samstag versucht, Fahrzeuge, die nach ihrer Darstellung mit Hilfsgütern beladen waren, nach Venezuela durchfahren zu lassen. Dies führte zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die venezolanische Regierung verweigerte den Lastwagen die Durchfahrt und warnte davor, dass sie mit Waffen beladen sein könnten. Caracas bezeichnete das Ganze als PR-Operation. Die Zeitung „El Nacional“ schrieb damals, dass drei von vier angekommenen Lkws verbrannt worden seien. Nach den Zusammenstößen hat der Oppositionsführer und selbsterklärte Interimspräsident Venezuelas, Juan Guaidó, keine Variante für die Regelung der Situation im Land ausgeschlossen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32411/98/324119839.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Shelobok und Sheltoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Irans Präsident lehnt Rücktritt des Außenministers Sarif ab**

Der iranische Präsident Hassan Rouhani hat das Rücktrittsgesuch von Außenminister Mohammed Dschawad Sarif abgelehnt. Das geht aus einem Schreiben hervor, das auf der offiziellen Webseite des Präsidenten am Mittwoch veröffentlicht wurde.

Sarifs Rücktritt sei „nicht im Interesse des Landes“ und er stimme ihm deswegen nicht zu, schrieb Rouhani. Sarif genieße das Vertrauen des Präsidenten und des geistlichen Führers Ajatollah Ali Chamenei, versicherte Rouhani.

„Setzen Sie Ihren Weg brav, standhaft und nüchtern fort“, hieß es im Schreiben.

Für Sarifs Amtsverbleib machte sich auch das iranische Parlament stark. Die Mehrheit der Abgeordneten forderte in einem Brief an Rouhani, dass Sarif Außenminister bleibt.

Sarif hatte seinen Rücktritt am Montagabend per Instagram verkündet. Dabei entschuldigte er sich für alle Mängel, die er als Außenminister zugelassen haben sollte. Er äußerte auch die Hoffnung, dass seine Entscheidung die Aufmerksamkeit auf das Ministerium lenken und die Rolle des Ministeriums bei der Lösung internationaler Fragen stärken würde.

Sarif war seit Jahren eine der bekanntesten Persönlichkeiten aus dem Iran auf der internationalen Szene. Er spielte eine sehr wichtige Rolle beim Abschluss des Atomabkommens zwischen Teheran und der Sechsergruppe.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31964/37/319643743.jpg>

de.sputniknews.com: **Krise in Venezuela: Russland, Indien und China treten gegen Gewaltanwendung auf**

Russland, Indien und China sprechen sich laut dem chinesischen Außenminister Wang Yi gegen eine militärische Lösung der Krise in Venezuela sowie für die Beilegung des Problems mittels Dialog aus.

„Wir denken, dass Probleme in Venezuela ausschließlich durch das venezolanische Volk gelöst werden müssen. Es darf keine Gewaltanwendung geben. Wir treten gegen eine militärische Lösung dieses Problems auf“, sagte er am Mittwoch nach einem Treffen auf Ministerebene im trilateralen Format.

Zudem bekräftigten die Außenminister Russlands, Indiens und Chinas ihr Festhalten am Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder.

„Wir stimmen zu, dass wir auch weiterhin die Vielseitigkeit und das internationale System schützen und uns an das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder halten werden“, betonte Wang Yi.

Das trilaterale Treffen findet im ostchinesischen Wuzhen statt. Am Dienstag traf sich der russische Außenminister am Rande der Veranstaltung mit seinem chinesischen Amtskollegen. Nach einer Pressekonferenz am Mittwoch ist Lawrows Gespräch mit seiner indischen Amtskollegin Sushma Swaraj geplant.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32411/71/324117102.jpg>

de.sputniknews.com: „**Titelbetrüger von der Straße**“: Russlands UN-Botschafter über **Juan Guaidó**

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat den Oppositionsführer und selbsterklärten Übergangspräsidenten Venezuelas, Juan Guaidó, als einen „Titelbetrüger von der Straße“ bezeichnet, den die USA und EU-Staaten anerkannt haben.

„In einem unabhängigen lateinamerikanischen Land ist plötzlich ein Titelbetrüger aufgetaucht, der sich auf der Straße zum Präsidenten des Landes erklärt hat und sofort, in nur wenigen Minuten, von den USA anerkannt wurde“, sagte Nebensja bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Ihm zufolge haben einige Länder Europas und Lateinamerikas wenig geschwankt und „dieses Subjekt“ ebenfalls als Venezuelas Präsident anerkannt.

Wie Nebensja weiter betonte, verfolge Washington in Venezuela das einzige Ziel, die Staatsführung zu wechseln, darunter auch auf militärischem Wege.

Indes hatte der Vize-Richter der Verfassungskammer des venezolanischen Obersten Gerichts, Juan Carlos Valdes, gegenüber Sputnik erklärt, dem Oppositionsführer Juan Guaidó drohten 30 Jahre Freiheitsstrafe.

„Er ist eine Person, die vor Gerechtigkeit geflüchtet ist. Was passiert mit Flüchtigen, die erneut ins Land einreisen und von den Behörden erwischt werden? Sie müssen festgehalten und ins Gefängnis gebracht werden ... Ihm drohen 30 Jahre Freiheitsstrafe“, präzisierte er. Zuvor hatte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro erklärt, Guaidó solle vor Gericht erscheinen, da er trotz des Ausreiseverbots das Land verlassen habe. Trotz eines Ausreiseverbots ist der selbsternannte Interimspräsident Venezuelas Juan Guaidó am Samstag in der kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta zu einem Benefizkonzert seiner Anhänger erschienen.

Der Oberste Gerichtshof Venezuelas hatte dem selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó verboten, das Land ohne spezielle Genehmigung zu verlassen.

Am 23. Januar hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, während Protesten zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die Vereinigten Staaten sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, darunter das EU-Parlament, hatten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef anerkannt.

Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den Vereinigten Staaten inszenierten Putschversuch sprach.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32380/70/323807009.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 26. Februar 3:00 Uhr bis 27. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 15.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Wasiljewka, Spartak, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Besymjannoje, Kominternowo, Sachanka.

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU am 26. Februar das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation mit Mörsern des Kalibers 120 mm beschossen, dadurch war das Personal gezwungen, den Schutzraum aufzusuchen.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 165.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 127.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Wegen Kampfjet-Abschuss über Kaschmir: New-Delhi schränkt Luftverkehr ein**

Nach dem Abschuss von zwei indischen Kampfjets über der umstrittenen Kaschmir-Region ist der Flugverkehr laut einem Sprecher des Flughafens Srinagar über einigen Gebieten des nördlichen indischen Bundesstaates Jammu und Kaschmir gesperrt worden.

„Die Tätigkeiten unseres Flughafens sowie einiger anderer im Bundesstaat sind zeitweilig gestoppt“, sagte der Sprecher gegenüber Sputnik.

Zugleich weigerte er sich, sowohl Gründe für diese Entscheidung als auch mögliche Termine für die Wiederaufnahme des Luftverkehrs zu nennen.

Es handelt sich um vier Zivilflughäfen von Srinagar, Jammu, Chandigarh, und Amritsar.

Zuvor wurde mitgeteilt, dass die pakistanische Luftwaffe zwei indische Kampfjets über der umstrittenen Kaschmir-Region abgeschossen habe.

Nach Angaben der pakistanischen Armee sollen die indischen Kampfflugzeuge offenbar die Grenze über der Kaschmir-Region verletzt haben. Beide indische Piloten sollen bereits gefangen genommen worden sein. Eines der Flugzeuge sei zudem auf dem Territorium von Azad Kashmir, das andere im Bereich der Kontrolllinie abgestürzt.

Bereits am Dienstag hatte es eine spürbare Eskalation der Lage in der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Kaschmir-Region gegeben. Die indische Luftwaffe hatte nach eigenen Angaben ein Terroristen-Lager auf pakistanischem Territorium bombardiert. Pakistan hatte daraufhin mit Vergeltung gedroht.

Den Luftschlägen der indischen Luftwaffe war ein schwerer Anschlag im indischen Teil Kaschmirs vorausgegangen.

Im indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir sind Separatisten aktiv, die sich für die Unabhängigkeit einsetzen oder einen Anschluss Kaschmirs an Pakistan anstreben. Dabei gibt es im Kaschmir keine offizielle Grenze zwischen Indien und Pakistan: Die Armeen beider Staaten trennt nur eine Kontrolllinie. Neu-Delhi wirft den pakistanischen Behörden vor, bewaffnete Separatisten zu unterstützen. Islamabad weist indes diese Vorwürfe zurück und erklärt, die Bewohner Kaschmirs würden selbständig um ihre Rechte kämpfen.

de.sputniknews.com: **Indiens Armee schießt pakistanischen Kampffjet ab – Indisches Außenministerium**

Indien und Pakistan steuern auf einen immer schärferen militärischen Konflikt zu. Laut dem offiziellen Vertreter des indischen Außenministeriums, Ravish Kumar, hat Indiens Armee nun auch einen pakistanischen Kampffjet abgeschossen.

Der Meldung des offiziellen indischen Vertreters zufolge hat das indische Militär ein Flugzeug der pakistanischen Luftwaffe über der Kaschmir-Region abgeschossen.

„Pakistanische Kampfflugzeuge wurden rechtzeitig erkannt und die indische Luftwaffe reagierte sofort“, so Ravish Kumar.

Gleichzeitig bestätigte er, dass infolge des Vorfalls auch eine indische MiG-21 „verloren“ worden sei.

Der Pilot gelte als vermisst.

Nach einem schweren Anschlag im indischen Teil von Kaschmir haben Indiens Vertreter Islamabad vorgeworfen, zu wenig gegen Terrororganisationen auf seinem Territorium zu tun. Indiens Luftwaffe bombardierte daraufhin am Dienstag ein Terroristenlager auf dem pakistanischen Territorium.

Am Mittwochmorgen wurde gemeldet, dass Pakistan zwei indische Kampffjets über Kaschmir abgeschossen und zwei Piloten gefangen genommen habe.

Staaten rund um die Welt rufen derweil die beiden Länder dazu auf, keine weitere militärische Eskalation zuzulassen.

nachmittags:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute um 11:30 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das **Feuer mit Schusswaffen auf einen Mitarbeiter der Donezker Filterstation eröffnet**, der zu diesem Zeitpunkt in der Nähe der Chlorierungswerkhalle in nördlicher Richtung ging.

Als er den Schuss und das Kugelgeräusch hörte, war sich der Mitarbeiter der Station auf den Boden und ging am Straßenrand in Deckung. Nach Beendigung des Beschusses verließ er den Ort des Geschehens und ging zur Werkhalle zurück. Zum Glück wurde der Mitarbeiter nicht verletzt.

Wir merken an, dass sich die DFS in Sichtweite der Positionen der BFU befindet. Obwohl die Vertretung der Ukraine im GZKK auf ständiger Grundlage schriftliche offizielle Sicherheitsgarantien für die Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueereinstellung für die sichere Fahrt des Personals und den Transport von Lieferungen im Gebiet der DFS gewährt, gefährden die BFU zielgerichtet das Leben der Mitarbeiter der Station.

mil-lnr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feueereinstellung viermal verletzt**. Auf Befehl des Kommandeurs der 10. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Subanitsch wurden die Gebiete von **Shelobok** und **Sheltoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko aus wurde das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik etwa 70 Geschosse abgefeuert.

Der Gegner zeigt eine hohe Aktivität in Richtung Popasnaja, wo er provokativen Beschuss von Ortschaften und Positionen der Volksmiliz durchführt und die Zahl der Aufklärungs- und Diversionsausfälle vergrößert hat.

Die Aufgabe der ukrainischen Kämpfer ist offensichtlich – die militärische Kontaktzone auszuweiten und so eine neue Runde des Konflikts zu erzeugen, die Poroschenko für seine Wahlkampfmachenschaften so dringend benötigt. Zu diesem Zweck und um doch noch seine bis zum Äußersten gesunkene Autorität in Generalkreisen anzuheben, erteilt der Kommandeur der Strafoperation und beste Freund des Präsidenten Najew dem Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Martschenko offensichtlich kriminelle Befehle, von denen dann einer am 26. Februar ihm unterstelltes Personal in den sicheren Tod geschickt hat.

Gestern haben unsere Soldaten um 20:00 Uhr einen weiteren **Versuch des Gegners unterbunden, im Gebiet von Solotoje auf das Territorium der Republik vorzudringen**, in dessen Folge der Feind nach Angaben unserer Quellen aus dem Stab der OOS Verluste erlitten hat – **zwei Tote, drei Verletzte, ein Diversant wurde gefangen genommen**. Die Leiche eines weiteren wurde vom Gegner bei der panischen Flucht auf dem Kampffeld zurückgelassen.

Bis jetzt verheimlicht der Stab der OOS die Informationen über die gescheiterte Operation im Gebiet von Solotoje, was für den Kommandeur der OOS Najew und seine Umgebung charakteristisch ist.

Heute hat sich das Kommando der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte an uns mit der Bitte gewandt, ihnen die Möglichkeit zu geben, die Leiche des toten Soldaten zu bergen. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Verwandten des toten Soldaten darauf, dass er Opfer eines verbrecherischen Befehls des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Majstrenko und des Kommandeurs der OOS Najew wurde. Sie wollen ihre Fehler jetzt nicht zugeben und verheimlichen die Umstände seines Todes auf jede Weise.

Unter Einhaltung der Normen des internationalen humanitären Rechts bei der Führung von Kriegshandlungen führt die Volksmiliz der LVR an diesem Verteidigungsabschnitt ein Regime der Feuereinstellung ein und gibt dem Kommando der Brigade die Möglichkeit, den Toten zu evakuieren, worüber wir die OSZE-Beobachtermission informiert haben.

Die Verteidiger der Republik ihrerseits erhöhen weiter das Niveau ihrer Professionalität und sind bereit zur Erfüllung von Aufgaben zur Gewährleistung der Sicherheit der LVR.

Heute fanden in den Einheiten der Volksmiliz Übungen zur Schießausbildung statt, bei denen das Personal seine Fertigkeiten bei der Beherrschung von Schusswaffen und Schützenpanzerwaffen erhöhte.

de.sputniknews.com: **Weitere ukrainische Band verweigert Teilnahme an Eurovision Song Contest**

Die Band KAZKA, die im Finale des ukrainischen Vorentscheids für den Eurovision Song Contest 2019 in Israel den dritten Platz belegte, hat darauf verzichtet, die Ukraine bei der Veranstaltung zu vertreten.

Wer wird für die Ukraine beim ESC auftreten? Bis jetzt ist das noch unklar.

„Ich bin Musikerin und kein Schläger in der politischen Arena“

Im Finale des ukrainischen Vorentscheids gewann eigentlich die Sängerin Maruv. Die Nationale öffentliche Rundfunkgesellschaft der Ukraine teilte dann aber mit, dass es aus mehreren Gründen „keine Einigung“ in Bezug auf die Teilnahme von Maruv am Song Contest gegeben habe. Die Sängerin sprach ihrerseits von „knechtenden“ Vertragsbedingungen mit der Organisation und von einem Druck.

Absage № 2

Später wurde mitgeteilt, dass der Finalist der ukrainischen nationalen Auswahl, die „Freedom-Jazz girls band“, auf den Vorschlag des Nationalen öffentlichen Fernseh- und Rundfunkunternehmens der Ukraine verzichtet habe, das Land bei dem internationalen Musikwettbewerb zu vertreten. Die Teilnehmer der Gruppe präzisierten dabei, dass sie gerade bei der Unterzeichnung eines Vertrages mit einem europäischen Promoter seien und Verhandlungen über Konzertreisen in absehbarer Zeit führen würden.

Kazka will Menschen vereinen

Die ukrainische Band, die den dritten Platz belegte, erklärte, dass sie ebenfalls ein Angebot vom Nationalen öffentlichen Fernseh- und Rundfunkunternehmen der Ukraine bekommen habe.

„Wir haben eine klare Antwort: Wir werden 2019 nicht zum ESC fahren“, schrieben die Teilnehmer in ihren sozialen Netzwerken.

Sie erläuterten dabei, dass sie einen „Sieg um jeden Preis“ nicht bräuchten.

„Unsere Mission ist es, die Menschen zu vereinen und nicht, Zwietracht zu stiften.“

Neben Maruv, Freedom-Jazz Girls Band und Kazka beteiligten sich am Finale des ukrainischen Vorentscheids für den Eurovision Song Contest 2019 auch Brunettes Shoot Blondes, Yuko und Anna Maria. Derzeit gibt es keine Information, ob Brunettes Shoot Blondes vorgeschlagen wurde, die Ukraine in Israel zu vertreten.

Zuvor war berichtet worden, dass die Frontfrau von YUKO, Julia Jurina, russische Staatsbürgerin sei.

Die Geschwister Anna und Maria Opanasjuk vom Duo Anna Maria haben im Gespräch mit dem ukrainischen TV-Sender ATR die Halbinsel Krim nicht als Teil der Ukraine anerkannt und wurden deswegen von einem Anrufer beschimpft.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32412/23/324122340.jpg>

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR berichtete der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Wladislaw Berditschewskij über einen Gesetzentwurf, der die Verantwortlichkeit für die Verbreitung unzuverlässiger Informationen vorsieht.

„Seit 2015 habe ich mehr die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass auf einigen Seiten und in einigen Accounts, hauptsächlich anonymen, unzuverlässige Informationen verbreitet werden, die eine Gefahr sowohl für Russland als auch für unseren Staat darstellen. Weil sie weitgehende Schlüsse enthalten, dass die Regierung angeblich speziell irgendetwas tut, damit das Volk schlechter lebt. Jeder Mensch, der in den sozialen Netzwerken liest, weiß sehr gut, wovon die Rede ist. Mehr noch, wir wissen sehr gut, dass diese Quellen falscher Informationen einen bestimmtes Publikum in der Ukraine haben, die dann die Lüge über

unsere Republik auf ihren ukrainischen Seite veröffentlichen, und wir wissen, dass dies eine der grundlegenden Zielauditorien dieser Fakes ist“, sagte er.

Nach seinen Worten sieht der Entwurf eine verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit für die Veröffentlichung unzuverlässiger Information vor. In der RF wurde ein entsprechender Entwurf bereits in erster Lesung angenommen.

Kprf.ru: Die Staatsduma der RF hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine verwaltungsrechtliche Verantwortung für die Verbreitung von Fake-News und Kritik an der Regierung vorsieht. Gegen dieses Dokument stimmten als ganze Fraktion nur die Abgeordneten der KPRF.

Der Entwurf wurde von dem Parlamentarier aus dem Bezirk Krasnojarsk Andrej Kpischas eingebracht. Das Dokument sieht eine verwaltungsrechtliche Verantwortung für die Verbreitung offensichtlich falscher Nachrichten in Medien vor und für „in anstößiger Form“ vorgebrachten mangelnden Respekt gegenüber Organen der Staatsmacht und der Gesellschaft im Internet.

Vorbehalte gegenüber dem Entwurf kamen von einer Reihe von Abgeordneten. Ursache der heißen Diskussionen waren die Ungenauigkeit der Formulierungen des Gesetzentwurfs sowie Fragen zu dessen technischer Realisierung.

Unzufriedenheit von Abgeordneten wurde auch dadurch hervorgerufen, dass unverständlich ist, wer wie festlegen wird, dass eine nicht zuverlässige Informationen eine Gefahr mit sich bringt, das ist in dem Gesetzentwurf einfach nicht festgelegt.

Besonderen Tadel rief die Frage der Realisierung des Gesetzes in der Praxis hervor. Nach den Worten des KPRF-Abgeordneten Alexej Kurinnyj wird es, wenn man die Besonderheit der Funktion der sozialen Netzwerke berücksichtigt, statt um die Blockierung von Seiten einzelner Nutzer, um die Blockierung alle Netze im Ganzen gehen, wie dies im Frühjahr letzten Jahres war, als die Aufsichtsbehörde bei dem Versuch den Messenger Telegram zu blockieren, mit ihren Blockaden die Funktion vieler Internetbereiche, darunter auch im Bankenbereich, blockierte.

Nach Meinung de Abgeordneten aus dem Oblast Nowosibirsk Wera Gansja (KPRF), geht es bei dem Entwurf um einen Zweck – dem Volk den Mund zu schließen und es für scharf Kritik an Reformen und konkreten Personen, die sie durchführen, zu bestrafen. ...

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 27.02.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 15-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj das Gebiet von **Gorlowka** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 24. und der 93. mechanisierten Brigade sowie sowie der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Guds, Bryshinskij und Mischantschuk aus **Wasiljewka, Shabitschewo, Staromichajlowka, Spartak, die Siedlung des Bergwerks Trudowskije** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen. Außerdem haben die ukrainischen bewaffneten Formationen das Feuer auf die **Donezker Filterstation** eröffnet. Unter Beschuss geriet ein Mitarbeiter des Objekts, dem es, als er die Schüsse hörte, gelang, sich in Schutz zu bringen und der nicht verletzt wurde.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Besymennoje, Kominternwo** und **Sachanka** mit Mörsern der

Kaliber 120mm und 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und anderen Schusswaffen beschossen. In diese Richtung hat der Gegner insgesamt 72 Mörsergeschosse abgefeuert.

Mit erwidern dem Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die Feuerstellungen des Gegners vernichtet.

Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte betragen zwei Tote und vier Verletzte.

Verluste unter dem Personal der Volksmiliz gibt es nicht.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Nach uns vorliegenden Informationen ist im 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade im Gebiet von Nowgorodskoje im Zusammenhang mit entdeckten Fällen von massenhaften Diebstahl von Waffen und Munition aus einem Raketenartilleriewaffenlager eine große Kommission aus dem Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eingetroffen. Bereits in der Anfangsetappe der Kontrolle wurde das Fehlen von drei Raketenkomplexen und acht großkalibrigen Maschinengewehren entdeckt. Außerdem arbeiten in der Kommission Vertreter der Militärstaatsanwaltschaft, um Ermittlungen zur systematischen Einnahme von Drogen beim Personal des Bataillons durchzuführen.

Wir stellen weiter Fälle nicht kampfbedingter Verluste unter den ukrainischen Kämpfern fest. So hat der in die 79. Brigade in das Gebiet von Wodjanoje abkommandierte einfache Soldat Ju. S. Sidorenko beschlossen, seine Ankunft mit dem Genuss von Alkohol gemeinsam mit seinen neuen Kameraden zu begehen. Im Ergebnis der Veranstaltung kam ein Konflikt mit Verwendung von Schusswaffen auf, und der Verursacher der Feierlichkeit wurde mit Schusswunden ins Krankenhaus eingeliefert und hat so seine kurze Abkommandierung unterbrochen.

de.sputniknews.com: **Pakistan schließt seinen Luftraum für internationale Flüge**

Nach der Zuspitzung der Beziehungen zu Indien hat Islamabad am Mittwoch die Schließung des Luftraumes des Landes für kommerzielle internationale Flüge bis zum 1. März verkündet.

„Die pakistanische Zivilluftfahrtbehörde (CAA) hat den Luftraum gesperrt, bis weitere Hinweise an Piloten gegeben werden“, heißt es auf einem Twitter-Account der Behörde.

Diese Entscheidung sei auf den Vorfall mit zwei indischen Kampffjets zurückzuführen.

Zuvor wurde mitgeteilt, dass die pakistanische Luftwaffe am Mittwoch zwei indische Kampffjets über dem von Islamabad kontrollierten Teil der umstrittenen Kaschmir-Region abgeschossen habe.

Nach Angaben der pakistanischen Armee sollen die indischen Kampfflugzeuge offenbar die Grenze über der Kaschmir-Region verletzt haben. Beide indische Piloten sollen bereits gefangen genommen worden sein. Eines der Flugzeuge sei zudem auf dem Territorium von Azad Kashmir, das andere im Bereich der Kontrolllinie abgestürzt.

de.sputniknews.com: **US-Kongress veröffentlicht Gesetzentwurf über neue Sanktionen gegen Russland**

Der US-Kongress hat auf seiner Webseite einen aktualisierten Gesetzentwurf veröffentlicht, der die Verhängung zusätzlicher Sanktionen gegen Russland vorsieht (Defending American Security from Kremlin Aggression Act, DASKA).

Das Dokument sieht unter anderem ein Verbot für Deals mit der neuen souveränen Schuld Russlands mit einer Tilgungsfrist von über 14 Tagen vor. Es wird vermutet, dass die Einschränkungen 90 Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes zu gelten beginnen würden.

Unter die Sanktionen sollen jene Finanzinstitutionen geraten, die nach Washingtons Angaben die „Einmischung der russischen Regierung in die demokratischen Prozeduren oder Wahlen in einem beliebigen Land außerhalb der Russischen Föderation unterstützt hätten“.

Darüber hinaus sieht das Dokument Maßnahmen gegen Investitionen in die russischen

Flüssiggasprojekte außerhalb des Landes sowie in die Erschließung von Rohöllagerstätten in Russland vor. Unter das Verbot können Investitionen in Höhe von einer Million Dollar (oder von fünf Millionen insgesamt im Laufe von 12 Monaten) fallen.

In einem halben Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes würden unter die Sanktionen auch russische „Politiker, Oligarchen und andere geraten, die illegale und korrupte Handlungen direkt oder indirekt im Namen von Präsident Wladimir Putin fördern“, heißt es im Dokument. Der Kongress plant, einen Report „über das persönliche Vermögen und Aktiva von Wladimir Putin“ zu bekommen.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf die Verhängung von Sanktionen gegen 24 Offiziere des FSB vor, die „für verwickelt in den Vorfall in der Straße von Kertsch betrachtet werden“, bei dem ukrainische Schiffe die russische Grenze verletzt hätten und aufgebracht worden seien.

Autoren dieser Initiative sind die Republikaner Lindsey Graham und Cory Gardner sowie die Demokraten Robert Menendez, Ben Cardin und Jeanne Shaheen.

Im Kreml wurden die neuen Sanktionsschritte von Washington als „zügellose Russophobie“ bezeichnet, die sich auf keine Expertendaten stütze.

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Schachtjorsker Hühnerzucht“ zieht in Erwägung, neue Ausrüstung aus Russland und Weißrussland zu kaufen, um die Produktion zu modernisieren. Dies berichtete heute der leitende Ingenieur des Unternehmens Anatolij Solotous im Ergebnis des Besuchs einer internationalen Agrarausstattung in Moskau.

„Ich traf mit bei der Ausstellung mit Vertretern des weißrussischen Unternehmens „Agropischtscheprom“ GmbH, wir waren bereits in Verbindung und möglicherweise werden wir mit ihnen zusammenarbeiten, weil Ausrüstung bei ihnen sehr gut ist. Außerdem haben sich Vertreter des Unternehmens „CSB-System“ in Russland mit mir in Verbindung gesetzt und vorschlagen, ihre Produkte angeboten. Wir werden das erörtern, damit kann man arbeiten, das Angebot ist interessant“, sagte Solotous.

Es fügte hinzu, dass es geplant ist spezielle Programme und die entsprechende Hardware der „Computer Business Systems“ (CBS) zu kaufen.

de.sputniknews.com: Schoigu: **Russland ist gezwungen, auf Ausbau des Nato-Potenzials adäquat zu reagieren**

Der Ausbau des Militärpotenzials durch die Nato zerstört laut dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu das geltende globale Sicherheitssystem und veranlasst Russland zu Gegenmaßnahmen.

„Die Maßstäbe und Intensität der Übungen, zu denen die Ukraine und Georgien, die keine Nato-Mitglieder sind, immer aktiver herangezogen werden, haben sich verdoppelt. Ein derartiges Vorgehen verstößt gegen das geltende Sicherheitssystem der Welt“, sagte Schoigu am Mittwoch bei einer Sitzung des Kollegiums seiner Behörde.

„In dieser Atmosphäre sind wir gezwungen, adäquat zu reagieren, Maßnahmen zur strategischen Eindämmung mit den Plänen zum Ausbau der Gefechtsmöglichkeiten der Verbände und Truppenteile zu kombinieren“, unterstrich der Minister.

Zudem gab Schoigu bekannt, welche Aufgaben vor den Truppen des Wehrbezirks West im laufenden Jahr stehen werden.

Laut Schoigu will Russland bis zum Jahresende seine Truppen im Wehrbezirk West des Landes mit vier neuen Regimentern und einer Division verstärken. Es gehe um ein Panzerregiment und eine Küsten-Raketendivision in der Baltischen Flotte sowie um ein Fla-Raketen-Regiment der mobilen Reserve und um zwei Regimenter der 20. Armee. Außerdem soll eine technische Raketenbasis des Wehrbezirks entstehen.

Als wichtigste Maßnahmen des Wehrbezirks bezeichnete Schoigu die Bildung eines Fla-

Raketen-Regiments der mobilen Reserve. Es werde ermöglichen, die Effizienz der Deckung von Militär- und Staatseinrichtungen in der Ostsee-Operationsrichtung um 40 Prozent zu erhöhen.

Als weitere Aufgabe nannte Schoigu den Abschluss des Baus von Garnisonsstädten für die kürzlich gebildete 3. und 114. Motorisierte Schützendivision der 20. Armee.

Zudem sollen die Truppen des Wehrbezirks mit etwa 1.300 Stück Waffen, Militär- und Spezialtechnik beliefert werden. Laut Schoigu ist der Anteil moderner Waffen im Wehrbezirk West zurzeit auf 54 Prozent gewachsen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32412/56/324125664.jpg>

Dnr-online.ru: In der DVR hat der Prozess zur Bildung eines Jugendparlaments begonnen.

„Von der Position der Jugend im gesellschaftspolitischen Leben und ihrer Aktivität wird das Tempo der Entwicklung der Republik abhängen. Bereits am 25. Januar hat das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin die Bildung eines Jugendparlaments angeregt. Dieses Beratungsorgan wird es aktiven jungen Bürgern zwischen 18 und 35 Jahren erlauben, unmittelbar am politischen Leben des Staates teilzunehmen. Sie werden ihre Kräfte erproben und an parlamentarischer Tätigkeit beteiligt sein, sie werden einen offenen und ehrlichen Wahlprozess durchlaufen, der nach dem Mehrheitssystem erfolgen wird“, sagte die Leiterin der Abteilung für Innenpolitik der Administration des Oberhauptes der DVR Olga Posdnjakowa.

Sie unterstrich, dass das Jugendparlament als Mittel zur Herausbildung eines Kaderpotentials für die DVR nützlich sein kann. Zur Absicherung offener und transparenter Wahlen werden zeitweilige Wahlkommissionen gebildet, in denen Vertreter der gesellschaftlichen Bewegungen „Donezkaja Respublika“, „Swobodnyj Donbass“ und Aktivisten der Jugendorganisation „Molodaja Respublika“ vertreten sein werden.

„Der Volkssowjet unterstützt die Entscheidung des Staatsoberhauptes vollständig. Dieses Beratungsorgan wird beim Volkssowjet arbeiten, nach dessen Vorbild wird die Arbeit organisiert werden.

Die Kandidaten werden an Wahlen teilnehmen, in deren Ergebnis ein 50köpfiges Jugendparlament für zwei Jahre gewählt wird. Es wird Vorsitzenden und Stellvertreter wählen. Es werden Komitees eingerichtet werden, deren Hauptaufgabe die Ausarbeitung von Vorschlägen für Gesetzentwürfe für den Volkssowjet und die Erarbeitung eines Programms zur patriotischen Erziehung der Jugend sein wird“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets Wladimir Bidjowka. ...

„Die Wahlen werden unter den studentischen und arbeitenden Jugend stattfinden, Bürger der DVR im Alter zwischen 28 und 35 können kandidieren, die einem oder mehreren Kriterien

entsprechen:

- sie sind Studenten oder Aspiranten von Hochschulen der DVR;
- sie sind Aktivisten gesellschaftlicher Bewegungen oder Organisationen der DVR;
- sie haben Errungenschaften im wissenschaftlichen, schöpferischen, sportlichen, Arbeits-, gesellschaftlichen oder einem anderen Bereich.

Die Kandidaten müssen ihre Unterlagen bis zum 22. März einreichen“, sagte der Abgeordnete des Volkssowjets und Vorsitzende von „Molodaja Respublika“ Kirill Makarow.

de.sputniknews.com: **Nach Musiker-Absagen: Ukraine verzichtet auf ESC-Teilnahme**

Die Ukraine wird in diesem Jahr nicht beim Eurovision Song Contest (ESC) vertreten sein. Das entschied die Nationale öffentliche Rundfunkgesellschaft, nachdem ein Musiker nach dem anderen abgesagt hatte.

„Die Nationale öffentliche Rundfunkgesellschaft verzichtet auf die Teilnahme am internationalen Musikwettbewerb Eurovision Song Contest 2019“, erklärte die in Kiew ansässige Organisation am Mittwoch. Weil man die Wahl der Zuschauer respektiere, habe man beschlossen, keine Musiker zu schicken, die nicht beim nationalen Vorentscheid angetreten seien, hieß es.

Die Sängerin Maruv, die den nationalen Vorentscheid gewonnen hatte, verzichtete am Montag auf die Teilnahme. Die 27-Jährige sprach von einem Knebelvertrag mit der Nationalen öffentlichen Rundfunkgesellschaft und sagte, sie wolle sich nicht politisch instrumentalisieren lassen.

Zuvor hatten nationalistische Politiker in der Ukraine die vergangenen und geplanten Auftritte der Sängerin im Nachbarland Russland heftig kritisiert. Auch die zweitplatzierte Freedom-Jazz girls Band und die drittplatzierte Gruppe Kazka kündigten an, nicht in Israel anzutreten.

Mil-lnr.info: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR A. Marotschko**

Regelmäßig im Vorfeld einer Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk führt die ukrainische militärisch-politische Führung bewaffnete Provokationen durch. Nicht selten betreffen diese Provokationen unmittelbar die Vertreter internationaler Organisationen.

Ein weiterer derartiger Vorfall geschah am 26. Februar im Gebiet von **Solotoje-5 (Michajlowka)**, wo während des Monitorings bezüglich der Gewährleistung der Möglichkeit zur Durchführung von Reparaturarbeiten an einer Wasserleitung in Verletzung der Vereinbarungen über die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung aus Richtung des von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Solotoje-4 ein **Beschuss auf eine Patrouille der OSZE-Mission und Arbeiter einer Reparaturbrigade der Wasserwerke** erfolgte.

Durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden, die Kugeln flogen 10 Meter von der Patrouille der Mission, was von besonderem Zynismus und von der Ernsthaftigkeit der Absichten der Strafsoldaten der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zeugt, die die Absicht hatten, die Provokation bis zu realen Opfern zu eskalieren.

Die Patrouille der OSZE und die Brigade der Lugansker Wasserwerke brachten sich vor dem Beschuss in einem Panzerfahrzeug in Sicherheit und verließen das Gebiet des Beschusses. Der Zynismus der von den Kiewer Straftruppen durchgeführten Provokation besteht darin, dass vor Beginn der Reparaturarbeiten die Beobachter der Mission Sicherheitsgarantien erhielten. Der Kommandeur der Strafoperation Najew, der versprach ein Regime der Ruhe einzuführen, erteilte seinem Untergebenen Majstrenko die Anweisung, eine hinterhältige Provokation durchzuführen.

Wir rufen die Weltgemeinschaft und die internationalen Organisationen auf, eine rechtliche Einschätzung über die verbrecherischen Handlungen der militärisch-politischen Führung der Ukraine abzugeben.

abends:

de.sputniknews.com: **Putin: Schritte zur Stärkung von Armee und Flotte rein defensiv**

Russland setzt die Arbeit zur Stärkung und Entwicklung der Armee und Flotte fort, und diese Schritte haben einen ausschließlich defensiven Charakter, sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einer Festveranstaltung anlässlich des Tages der Spezialkräfte.

„Wir werden die Arbeit zur Stärkung und Entwicklung der Armee und Flotte konsequent fortsetzen. (...) Unsere Schritte in diesem Bereich haben einen ausschließlich defensiven Charakter und sind auf die bedingungslose Gewährleistung der Sicherheit Russlands und auf den Schutz seiner Souveränität und seiner nationalen Interessen gerichtet“, sagte Putin.

Er betonte, dass die von den Spezialkräften gesammelten Erfahrungen bei der Kampfausbildung aller Teile und Verbände gefragt sein werden.

Der Präsident brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Spezialkräfte Russlands ihr Können vervollkommen, an der Taktik von Sonderoperationen zu Land, in der Luft und zur See feilen und die Handhabung der neuesten Technik erfolgreich erlernen werden, die die russische Industrie liefert und die russischen Konstruktionsbüros entwickeln.

„Und wenn es erforderlich sein sollte, werdet Ihr jede beliebige Aufgabe, jeden verantwortungsvollen Befehl erfüllen und alles Unmögliche vollbringen und eine Bedrohung gegen Russland, woher sie auch immer ausgehen mag, neutralisieren“, betonte Putin.

de.sputniknews.com: **Venezuelas Ölausfuhren in die USA in nur einer Woche um zwei Drittel eingebrochen**

Die täglichen Ausfuhren von venezolanischem Rohöl in die USA sind in der Woche vom 15. bis 22. Februar um fast zwei Drittel auf 208.000 Barrel (je 159 Liter) eingebrochen. Das teilte das US-Energieministerium am Mittwoch mit.

Eine Woche davor beliefen sich die täglichen Lieferungen auf 558.000 Barrel. Im Jahresvergleich gingen die Ölausfuhren aus Venezuela in die USA um fast die Hälfte zurück: In der Woche zwischen dem 16. und 23. Februar 2018 bezogen die USA täglich rund 439.000 Barrel Öl.

Venezuela dürfte nach Schätzung der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) mit etwas mehr als 297 Milliarden Barrel über die weltweit größten Ölreserven verfügen. In Saudi-Arabien, dem weltgrößten Ölförderer, belaufen sich die geschätzten Reserven auf 265 Milliarden Barrel.